

# Verlassen Israels Verbündete das sinkende Schiff?

Joseph Massad, middleeasteye.net, 14.08.25

**Angesichts der zunehmenden Gräueltaten in Gaza fürchten Israels westliche Unterstützer um seinen Fortbestand und sorgen sich darum, dass es anderen zum Scheitern verurteilten Siedlungskolonien folgen könnte.**

Eine plötzliche Panik hat die Unterstützer Israels auf der ganzen Welt erfasst. Westliche neokoloniale Regime, darunter die weißen Siedlerkolonien Australien, Kanada und Neuseeland, sind äußerst besorgt über das Schicksal der letzten europäischen Siedlerkolonie in Asien. Selbst pro-israelische britische und amerikanische jüdische Organisationen haben sich dem neuen Chor der Beunruhigten angeschlossen.

Die Befürchtung unter den westlichen Unterstützern Israels ist, dass sein Schicksal dem der französischen Kolonie Algerien ähneln könnte. Dass Netanjahu selbst seit einem Jahrzehnt befürchtet, Israel könnte seinen 100. Geburtstag nicht erleben, verleiht dieser Angst, dass es seinen eigenen Untergang beschleunigt, noch mehr Glaubwürdigkeit.

Während sie Israels anhaltende Verbrechen vor und seit dem 7. Oktober 2023 uneingeschränkt verteidigen, haben seine westlichen Unterstützer plötzlich moralische Bedenken hinsichtlich der jüngsten Phase des Völkermords entwickelt, in der die fortgesetzte Bombardierung und Einäscherung Gazas in einem Völkermord nun durch die absichtliche Massenverhungering der palästinensischen Überlebenden noch verschlimmert wird.

Im Gegensatz zu antizionistischen und anderen linken jüdischen Gruppen, die Israels Völkermord seit Beginn verurteilt und dagegen protestiert haben, haben die großen britischen und amerikanischen pro-israelischen jüdischen Organisationen in ihrer Mehrheit die israelischen Handlungen weiterhin uneingeschränkt unterstützt.

Das hat sich in den letzten zwei Wochen geändert, als es zu scheinbar koordinierten, gleichzeitigen Erklärungen der Besorgnis über die Hungersnot in Gaza kam. Grauensvolle Bilder von ausgehungerten Kindern, verzweifelten Menschenmengen an militarisierten Hilfsgüterverteilungsstellen und hungernden Palästinensern, die beim Versuch, an Lebensmittel zu gelangen, massakriert wurden, haben es für pro-israelische westliche Regierungen und Institutionen unhaltbar gemacht, Israels Verbrechen weiterhin zu rechtfertigen oder das Ausmaß der humanitären Katastrophe zu ignorieren.

Abgesehen von seinem US-amerikanischen Sponsor wird immer deutlicher, dass nur wenige der verbleibenden Verbündeten Israels bereit sind, ihm in dem von ihm geforderten Ausmaß bei der Verfolgung des Völkermords und der Wiederbesetzung des Gazastreifens zu folgen – und einige bereiten sich möglicherweise bereits darauf vor, das sinkende Schiff zu verlassen.

### **Spät einsetzende Angst**

Aus Sorge um das Schicksal Israels haben seine Befürworter vor Kurzem ihre Begeisterung über den Krieg gedämpft und sich mit symbolischen Gesten des Humanismus zu Wort gemeldet, um sicherzustellen, dass die Völkermordkampagne trotz der wachsenden weltweiten Empörung ungehindert fortgesetzt werden kann.

Am 27. Juli veröffentlichte das pro-israelische *American Jewish Committee (AJC)* eine Erklärung, in der es Israels „gerechtfertigten Krieg zur Beseitigung der von der Hamas ausgehenden Bedrohung und zur Befreiung der verbleibenden Geiseln“ unterstützte, aber „tiefes Bedauern über die schweren Verluste, die dieser Krieg unter der palästinensischen Zivilbevölkerung gefordert hat“ zum Ausdruck brachte und sich „zutiefst besorgt über die sich verschlechternde Ernährungsunsicherheit in Gaza“ zeigte.

Ein von 1.000 Rabbinern verschiedener Glaubensgemeinschaften aus aller Welt unterzeichneter Brief erklärte, dass sie „die Massenmorde an Zivilisten nicht dulden können“.

Das *AJC* begrüßte auch „die Ankündigung Israels, eine Reihe weiterer wichtiger Maßnahmen zu ergreifen, um den Fluss und die Verteilung von Hilfsgütern in Gaza zu verbessern“. Es forderte „Israel, die *Gaza Humanitarian Foundation*, die *UNO* und alle an der Verteilung der Hilfsgüter beteiligten Verantwortlichen auf, ihre Zusammenarbeit und Koordination zu verstärken, um sicherzustellen, dass die humanitäre Hilfe die palästinensische Zivilbevölkerung in Gaza erreicht“.

Das *AJC* ist nicht allein mit seiner verspäteten Besorgnis um die Palästinenser. In derselben Woche äußerte auch die in New York ansässige *Rabbinical Assembly*, die die konservative Strömung des Judentums vertritt, ihre Besorgnis „über die sich verschärfende humanitäre Krise in Gaza“ und forderte „dringende Maßnahmen, um das Leiden der Zivilbevölkerung zu lindern und die Lieferung von Hilfsgütern sicherzustellen“.

In einer am 27. Juli veröffentlichten Erklärung erklärte die Reformbewegung: „Weder die Eskalation des militärischen Drucks noch die Einschränkung der humanitären Hilfe haben Israel einem Geiselabkommen oder einem Ende des Krieges näher gebracht.“ Sie fügte hinzu: „Israel darf seine eigene moralische Stellung nicht opfern ... Die Aushungerung der Zivilbevölkerung in Gaza wird Israel weder den angestrebten „totalen Sieg“ über die Hamas bringen, noch lässt sie sich mit jüdischen Werten oder humanitärem Recht rechtfertigen.“

Einige Tage später erklärte ein von 1.000 Rabbinern verschiedener Glaubensrichtungen aus aller

Welt unterzeichneter Brief, dass sie „die Massenmorde an Zivilisten, darunter sehr viele Frauen, Kinder und ältere Menschen, oder den Einsatz von Hunger als Kriegswaffe nicht dulden können“. Sie schrieben: „Im Namen des moralischen Ansehens nicht nur Israels, sondern des Judentums selbst, des Judentums, dem wir unser Leben gewidmet haben.“

### **Schadensbegrenzung**

Die Besorgnis über das Verhalten Israels hat sich über die USA hinaus ausgeweitet. Am 29. Juli forderte die größte jüdische Organisation Großbritanniens, das *Board of Deputies*, eine „rasche, uneingeschränkte und nachhaltige Aufstockung der Hilfe über alle verfügbaren Kanäle“ für die Palästinenser im Gazastreifen, nur einen Monat nachdem sie Mitglieder wegen Kritik an Israels Verbrechen dort diszipliniert hatte.

Tatsächlich forderte am selben Tag auch eine Gruppe von 31 prominenten Israelis die internationale Gemeinschaft auf, wegen der Aushungerung der Palästinenser „lähmende Sanktionen“ gegen Israel zu verhängen. Dieser Aufruf erfolgte einen Tag, nachdem zwei israelische Menschenrechtsorganisationen – *B'Tselem* und *Physicians for Human Rights, Israel* – sich dem Rest der Welt angeschlossen hatten, um Israels Vorgehen als „Völkermord“ zu bezeichnen.

Sogar US-Präsident Donald Trump soll vor Kurzem den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu in einem Telefonat angeschrien haben, er solle aufhören, die Hungersnot zu leugnen. Aber man sollte nicht glauben, dass diese Meinung allgemein verbreitet ist, denn das ist sie nicht: Eine kürzlich durchgeführte Umfrage ergab, dass 79 Prozent der israelischen Juden „nicht so sehr beunruhigt“ oder „überhaupt nicht beunruhigt“ sind über Berichte über Hungersnot und Leid in Gaza.

Auch von den meisten westlichen Regierungen wurden Einwände gegen die israelische Politik erhoben, insbesondere gegen den kürzlich von Israel angekündigten Plan, den Gazastreifen erneut zu besetzen. Selbst die führenden Stimmen der pro-israelischen britischen Zeitung *The Guardian* waren in höchster Panik und warnten, dass ein solcher Schritt für Israel schädlich sei, da er „keinen militärischen Sieg garantiert“ und „den Kampf mit der Hamas eskaliert, ohne dass es eine Möglichkeit gibt, ihn zu beenden“.

Die westlichen Unterstützer Israels – Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Australien, Neuseeland, Kanada und andere – haben sich der Ablehnung einer erneuten Besetzung angeschlossen. Sie protestierten trotz Netanjahus Behauptung, sein Ziel sei lediglich, „Gaza von der Hamas zu befreien und die Einrichtung einer friedlichen Regierung dort zu ermöglichen“.

Die fanatisch pro-israelische deutsche Regierung, die seit Oktober 2023 jede israelische Aktion unterstützt hat, hat nun neue Waffenverkäufe an den völkermordenden Staat verboten, die für dessen andauernden Völkermord verwendet werden könnten.

Dies geht einher mit dem jüngsten westlichen Manöver, nächsten Monat bei der UNO einen fiktiven palästinensischen Staat anzuerkennen, in einem verzweifelten Versuch, die israelische Siedlerkolonie vor sich selbst zu retten und die offene und aktive Unterstützung des Westens für den Völkermord zu verschleiern. Die vom Westen unterstützten arabischen Diktaturen, die seit Beginn des Völkermords Israels nicht gezögert haben, diesen materiell – wenn auch nicht immer rhetorisch – zu unterstützen, sind auch Mitinitiatoren dieser Maßnahmen.

### **Ein sinkendes Schiff**

Angesichts der Tatsache, dass unabhängige UN-Berichterstatter und Menschenrechtsorganisationen – denen sich verspätet auch einige israelische Organisationen angeschlossen haben – das Massaker in Gaza als Völkermord anerkennen, ist es für westliche Regierungen und Mainstream-Medien weitaus schwieriger geworden, das Ausmaß der Zerstörung und der Morde in Gaza zu rechtfertigen, zu leugnen oder anderweitig in Zweifel zu ziehen.

Darüber hinaus sind Israels völliges Scheitern im Krieg gegen die Hamas, geschweige denn gegen den Iran, und der Eindruck, dass seine militärischen Fähigkeiten nur dazu dienen, Zivilisten zu töten – ohne sie zur Unterwerfung zu zwingen –, zu großen Sicherheitsbedenken für westliche Regierungen geworden.

Ohne die tägliche militärische, nachrichtendienstliche, finanzielle und diplomatische Unterstützung des Westens hätte Israel weder den Völkermord durchführen noch sich gegen Angriffe derjenigen verteidigen können, denen es seit Jahrzehnten aggressiv gegenübersteht. Dass die israelische Regierung, unterstützt von der Mehrheit der israelisch-jüdischen Wählerschaft, eine Politik vorantreibt, die das Ansehen des Landes in der westlichen Öffentlichkeit schwer beschädigt hat, ist für ihre westlichen Befürworter eine zusätzliche Herausforderung.

Abgesehen von seinem US-amerikanischen Sponsor und Adoptivmutterland haben die jüngsten Rückschläge Israels viele seiner Verbündeten dazu veranlasst, nach Rettungsbooten zu suchen, vielleicht weil sie nicht bereit sind, mit einem sinkenden Schiff unterzugehen.

**Am Ende des Befreiungskrieges in Algerien Ende der 1950er und Anfang der 1960er Jahre hatte die französische Öffentlichkeit genug von der barbarischen Gewalt, die französische Siedler gegen Algerier und auf dem französischen Festland ausübten, um ihre Siedlerkolonie in einem letzten verzweifelten Versuch zu erhalten.**

Wir beobachten einen ähnlichen Trend im Fall Israels. Umfragen in der westlichen Welt zeigen, dass eine Mehrheit der Öffentlichkeit die israelischen Gräueltaten verurteilt, von rechts bis links. Selbst in den USA hat nicht nur die Linke, sondern auch die pro-Trump-Rechte die Siedlerkolonie aufgegeben und lehnt die Unterstützung der USA dafür ab.

Die Befürchtung unter den beharrlichen westlichen Unterstützern Israels ist, dass sein Schicksal

dem der französischen Kolonie Algerien ähneln könnte. Dass Netanjahu selbst seit einem Jahrzehnt befürchtet, Israel könnte seinen 100. Geburtstag nicht erleben, verleiht dieser Angst, dass Israel seinen eigenen Untergang beschleunigt, noch mehr Glaubwürdigkeit.

*Die in diesem Artikel geäußerten Ansichten sind die des Autors und spiegeln nicht unbedingt die redaktionelle Politik von Middle East Eye wider.*

*Joseph Massad ist Professor für moderne arabische Politik und Geistesgeschichte an der Columbia University in New York. Er ist Autor zahlreicher Bücher, wissenschaftlicher Artikel und journalistischer Beiträge. Zu seinen Büchern zählen „Colonial Effects: The Making of National Identity in Jordan“ (Koloniale Auswirkungen: Die Entstehung nationaler Identität in Jordanien), „Desiring Arabs“ (Sehnsucht nach Arabern), „The Persistence of the Palestinian Question: Essays on Zionism and the Palestinians“ (Die Fortdauer der Palästinenserfrage: Essays über Zionismus und die Palästinenser) und zuletzt „Islam in Liberalism“ (Islam im Liberalismus). Seine Bücher und Artikel wurden in ein Dutzend Sprachen übersetzt.*

Quelle: <https://www.middleeasteye.net/opinion/are-israels-allies-abandoning-sinking-ship>

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de